

66.3
Bitte SV für UKS 22.2.2010
My 9.12.



03. Dezember 2009

Antrag

in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
am 3. Dezember 2009:

„Ziele des Klimabündnisses endlich anstreben!“

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließen:

1. Die Stadt Hilden bekennt sich zu dem Ziel des Klimabündnisses, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren und danach entsprechend den Erfordernissen der Klimaforschung weiter kontinuierlich zu senken.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert,
 - einen Bericht über die seit dem Beitritt der Stadt zum Klimabündnis 1993 in diesem Zusammenhang eingeleiteten Maßnahmen, Untersuchungen usw. inkl. des aktuellen Sachstandsberichts zu geben;
 - darzulegen, ob und welche Schritte und Maßnahmen in der nächsten Zukunft beabsichtigt sind zur Umsetzung der Ziele des Klimabündnisses.
3. Zur Analyse des Ist-Zustands des Energieverbrauchs in Hilden wird eine Bilanz erstellt, die alle Verbrauchssektoren erfasst (Öffentliche Gebäude, Private Haushalte, Industrie, Verkehr, Gewerbe; Handel, Dienstleistungen und Energiewirtschaft). Soweit keine Daten verfügbar sind, können Schätz- oder Durchschnittswerte vergleichbarer Städte zugrunde gelegt werden. Auf dieser Grundlage werden die CO₂-Emissionen ermittelt.
4. Auf der Grundlage der CO₂-Bilanz erfolgt der Aufbau eines Klimaschutzkonzepts, das mit Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Politik, Verbänden und Stadtverwaltung erarbeitet und umgesetzt wird und das Reduktionsziel 2020 über alle Sektoren festschreibt. Dabei ist von der Stadtverwaltung zu überprüfen, ob Fördergelder im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt und Naturschutz in Anspruch genommen werden können.
5. Der Rat erklärt seine Absicht, im Haushaltsentwurf 2010ff die für die Analyse und den Aufbau des Klimaschutzkonzeptes notwendigen Finanzmittel zu veranschlagen.
6. Die Stadt lädt nach der Sommerpause zu einem ersten Runden Tisch „Hildener Energie- und Klimaprogramm“ ein, um künftig die Akteure regelmäßig an einen Tisch zu bringen.

Begründung:

Vor 16 Jahren ist auch Hilden dem „Klimabündnis“ beigetreten, um vor dem Hintergrund drohender globaler Klimaveränderungen einen lokalen Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre zu leisten.

Ein wesentliches Ziel ist die Reduzierung des aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultierenden Kohlendioxids (CO₂). Durch den Beitritt zum Klimabündnis ist die Stadt damit eine Selbstverpflichtung eingegangen, die Emissionen von CO₂ pro Einwohner bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken.

In Hilden hat man seit Jahren zum Thema Klimaschutzbündnis nichts gehört. Deshalb ist unter anderem ein Sachstandsbericht überfällig, um die Diskussion um eine verstärkte kommunale Klimaschutzpolitik wieder zu beleben.

Vor zwei Jahren stimmten alle anderen Fraktionen im Stadtentwicklungsausschuss gegen den BA-Antrag zum Thema „Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen!“. Damit lehnten alle anderen Fraktionen unter anderem folgende Prüfaufträge ab:

Strom:

- Bezug von Öko-Strom für die städtischen Liegenschaften
- Erhöhung des Eigenstromanteils der Stadtwerke aus regenerativer bzw. klimaneutraler Stromerzeugung
- Förderung der Fotovoltaik auf städtischen Gebäuden sowie auf privatem Sektor
- kostenlose Bereitstellung geeigneter Dachflächen kommunaler Gebäude oder Gebäude städtischer Unternehmen für Fotovoltaik-Anlagen
- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ohne eigene Gebäude an Fotovoltaik-Projekten durch Gründung einer Beteiligungsgesellschaft zur Errichtung und für den Betrieb einer Solaranlage (so genannte „Bürgersolaranlage“)
- durch Einbeziehung und Unterstützung der Stadtwerke Hilden GmbH die Errichtung von Bürgergemeinschaftssolaranlagen vorzubereiten
- Programm für Energieeffizienz in der Stadt
- Neuauflage des Energiesparprogramms für die städtischen Schulen und Erweiterung auf alle städtischen Gebäude
- Beschaffung energiesparender Geräte
- Ausbau der Energieberatung

Wärme, Gas:

- Forcierung der Wärmedämmung städtischer Gebäude
- emissionsarme Heizungsanlagen verstärkt einsetzen,
- Überprüfung, wo weitere Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen könnten
- Förderung der Solarthermie, Geothermie und Wärmepumpen

Verkehr:

- Umstellung von vorhandenen Fahrzeugen auf LPG oder vorzugsweise Erdgas
- Beschaffung emissionsarmer Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik;
- Selbstverpflichtung, bis 2012 nur noch Fahrzeuge zu beschaffen, die im Durchschnitt nicht mehr als 120g CO₂/km emittieren
- weitere Förderung des Fahrradverkehrs und des Umweltverbundes, z. B. durch Schaffung neuer Fuß- und Radwege sowie durch Komfortsteigerung
- autofreier Sonntag als Event, z.B. auf der B228 von Wuppertal-Düsseldorf

Bauen:

- Bebauungspläne und Entwicklungsvorhaben klimapolitisch optimieren, z.B. durch Gebäudeausrichtung
- Grünflächen erhalten und ausbauen
- bei Bebauungsplanverfahren, vorhabenbezogenen Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen alle planungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Bau energetisch hocheffizienter Gebäuden zu verstärken
- in Bebauungsplänen regelmäßig Festsetzungen zum Einsatz regenerativ erzeugter Energie (Solar/Geothermie, Biomasse, Fotovoltaik) zu treffen sowie durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen u. a. dafür Sorge zu tragen, dass bei Neubauten verstärkt Fernwärme, KWK und Biomasse sowie solare und geothermische Wärmeerzeugung eingesetzt wird

Zwei verlorene Jahre liegen hinter uns, liegen hinter einer Stadt, die dem „Klimabündnis“ beigetreten und damit die Selbstverpflichtung eingegangen ist, die Emissionen von CO₂ pro Einwohner, deren Höhe wir nicht kennen, bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken!

Markus Hanten, sachkundiger Bürger
„Bürgeraktion Hilden“